

PRESSEMITTEILUNG

vom 2. November 2010



FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rhein-kreis-neuss.de

Anlässlich der Sondersitzung des Landtags zu den Kommunal финанzen erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion im Rhein-Kreis Neuss Susanne Stephan-Gellrich:

„Wir begrüße es sehr, dass es zu einer Verständigung von SPD, GRÜNEN und CDU gekommen ist. Ungeachtet des politischen Wettbewerbs, in dem die Fraktionen stehen, macht die bedrohliche Situation es erforderlich, hier mit einer deutlich breiten Mehrheit klarzumachen, dass es so nicht weitergehen kann.

Der Rhein-Kreis Neuss wird von den ständig steigenden Sozialausgaben in eine Situation gebracht, die es uns völlig unmöglich macht, unseren Haushalt zu sanieren. Wir sind in einer „Vergeblichkeitsfalle“.

Auch wenn wir im Rhein-Kreis Neuss alle Sparanstrengungen verstärken, können wir die steigenden Sozialkosten nicht auffangen. Diese Kosten machen in bestimmten Regionen mittlerweile den Löwenanteil des Haushalts aus. In Rhein-Kreis Neuss, der ein Haushaltsgesamtvolumen von ca. 361 Mio. Euro hat, betragen diese Kosten z.B. ca. 55 Prozent aller Ausgaben.

Deshalb wurden jetzt im Landtag die richtigen Schritte eingeleitet.

Allerdings muss auch auf Bundesebene etwas geschehen.

Immer wieder schlagen Maßnahmen des Bundes auf die Haushalte des Landes und auch der Kommunen durch und führen regelmäßig zu Einnahmenminderungen. Wir brauchen eine andere Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Der Bund muss 50 Prozent der Sozialleistungen übernehmen.

Ansonsten hat der Rhein-Kreis Neuss keine Chance seinen Haushalt in den Griff zu bekommen.

Bei allen weiteren Gesetzesvorhaben des Bundes muss auch das Konnexitätsprinzip gegenüber dem Land beachtet werden. Es ist im Land nicht aufzufangen, wenn Gesetze des Bundes immer wieder zu massiven Einnahmeverlusten oder zu zusätzlichen Belastungen führen.

Deshalb ist es entscheidend, dass dieser Konsens auch von den Parteien in die Bundestagsfraktionen getragen wird und dort zu Konsequenzen führt. Wir GRÜNE vor Ort appellieren auch an die Bundestagsabgeordnete im Rhein-Kreis Neuss, sich dafür einzusetzen.“

Weitere Informationen für die Presse

„Zu den steigenden Sozialkosten zählen unter anderem die Kosten für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose und Familien, die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe, die Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen, die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosenminderung und die Kosten der Hilfe zur Pflege.“